



Datenschutzinformationen Stadtkasse, Buchhaltung, Steueramt und Liegenschaften

Nahezu alle Geretsrieder Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen treten mit der Stadtkasse und dem Steueramt als Teil der Kämmerei der Stadt Geretsried früher oder später in Kontakt, sei es im Bereich kommunaler Steuern (Gewerbe-, Grund-, Hunde- oder Zweitwohnungsteuer), einer sonstigen städtischen Forderung (z.B. Beiträge, Gebühren oder Buß- und Zwangsgelder) oder einer sonstigen Forderung im Wege der Amtshilfe. Außerdem wird über die Stadtkasse und dem Steueramt der Zahlungsverkehr der Stadt Geretsried abgewickelt, die an die Stadt gerichteten Rechnungen ausgezahlt, städtische Gelder angelegt und die Kredite, die die Stadt aufnimmt, verwaltet. Zur Erfüllung dieser Aufgaben müssen personenbezogene Daten verarbeitet werden. Ebenso werden im Bereich Liegenschaften personenbezogene Daten für den Grundstücksverkehr, für das Miet- und Pachtwesen benötigt.

Die nachfolgenden Informationen betreffen die Verarbeitung personenbezogener Daten zum einen zu abgaberechtlichen Zwecken, soweit die Abgabenordnung (AO) und das Kommunalabgabengesetz (KAG) unmittelbar oder mittelbar anzuwenden sind. Des Weiteren werden für die oben genannten Aufgaben Daten aufgrund anderer öffentlich-rechtlicher Rechtsgrundlagen wie der Gemeindeordnung, der kommunalen Haushaltsverordnung und aufgrund privatrechtlicher Beziehungen zu Vertragspartnern verarbeitet. Daten sind personenbezogen, wenn sie einer natürlichen Person zugeordnet werden können.

Im Bereich der Realsteuern (Grund- und Gewerbesteuer) sind gemäß § 2a AO Daten auch dann personenbezogen, wenn sie sich auf verstorbene natürliche Personen, Körperschaften, rechtsfähige oder nicht rechtsfähige Personenvereinigungen oder Vermögensmassen beziehen. Die Vorschriften der EU-DSGVO sind im Grundsteuer- und Gewerbesteuerverfahren auf diese Betroffenen daher auch anwendbar. Keine personenbezogenen Daten sind anonymisierte oder pseudonymisierte Daten.

Wenn durch Stadtkasse, Steueramt, Kämmerei und das Liegenschaften der Stadt Geretsried personenbezogene Daten verarbeitet werden, bedeutet dies z.B. Datenerhebung, -speicherung, -verwendung, -übermittlung und -bereitstellung aber auch Datenlöschung. Im Folgenden informieren wir Sie darüber, welche personenbezogenen Daten wir erheben, bei wem wir sie erheben und was wir mit diesen Daten machen. Außerdem informieren wir Sie über Ihre Rechte in Datenschutzfragen und an wen Sie sich diesbezüglich wenden können.

1. Verantwortlicher und Ansprechpartner

Verantwortlicher gem. Art. 4 Nr. 7 Datenschutz-Grundverordnung (DSVGO):
Stadt Geretsried, Karl-Lederer-Platz 1, 82538 Geretsried (Tel. +49 8171 6298-0).

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Bei Fragen zum Datenschutz erreichen Sie unseren Datenschutzbeauftragten:

per Mail: datenschutz@geretsried.de

per Post: Stadt Geretsried, Karl-Lederer-Platz 1, 82538 Geretsried

3. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) sowie des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG).

Verarbeitung zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt, Art. 6 Abs. 1 Buchst. e), Abs. 3 DSGVO.

Zur Erfüllung unserer öffentlichen Aufgaben nach den Vorschriften der Abgabenordnung, des Kommunalabgabengesetzes sowie der einschlägigen Steuer- und sonstigen Gesetze, der Zivilprozessordnung sowie kommunaler Satzungen benötigen wir personenbezogene Daten.

Ihre personenbezogenen Daten werden dabei in dem Verfahren verarbeitet, für das sie erhoben wurden. Nur in den gesetzlich ausdrücklich zugelassenen Fällen dürfen wir die zur Durchführung eines Verfahrens erhobenen personenbezogenen Daten auch für andere Zwecke verarbeiten.

Verarbeitung aufgrund einer Einwilligung, Art. 6 Abs. 1 Buchst. a) DSGVO

Soweit eine Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten für bestimmte Zwecke (z.B. bei der Anforderung von Briefwahlunterlagen) erteilt wurde, ist die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung dieser Daten die von Ihnen erteilte Einwilligung.

Verarbeitung zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen, Art. 6 Abs. 1 Buchst. c) DSGVO

Darüber hinaus verarbeiten wir personenbezogene Daten auch zur Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten. (Nähere Erläuterungen hierzu unter dem Punkt 7. Dauer der Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten).

4. Art der personenbezogenen Daten

Wir verarbeiten insbesondere (beispielhaft) folgende personenbezogene Daten: Vor- und Nachname, Geburtsdatum, und Ort, Familienstand, Adresse bzw. Kontaktdaten wie Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Kassenkontonummer, Bankverbindung, Einkommens- und Vermögensverhältnisse.

Besondere Kategorien personenbezogener Daten, sogenannte „sensible Daten“, erheben wir nur dann, wenn dies für das konkrete Verfahren erforderlich ist. Ihre personenbezogenen Daten erheben wir in erster Linie bei Ihnen selbst, z.B. durch Abgabeerklärungen, Anträge, Formblätter, o.ä. Darüber hinaus erheben wir personenbezogene Daten bei Dritten, soweit diese gesetzlich zur Mitteilung an uns verpflichtet oder befugt sind, wie z.B. Träger der Rentenversicherung, Amtsgerichte (Handels-, Vereins- und Gewereregister, Grundbuch), Bundeszentralregister, Einwohnermeldebehörden und Gewerbeämter oder wenn Sie dem Dritten eine entsprechende Einwilligung zur Datenübermittlung erteilt haben.

Können wir einen Sachverhalt nicht mit Ihrer Hilfe aufklären, dürfen wir Sie betreffende personenbezogene Daten auch durch Nachfragen bei Dritten erheben (Kreditinstitute, Arbeitgeber, etc.). Gleiches gilt für Vollstreckungsverfahren. Zudem können wir öffentlich zugängliche Informationen, z.B. aus öffentlichen Registern oder öffentlichen Bekanntmachungen verarbeiten.

5. Weitergabe Ihrer Daten an Dritte

In Hinblick auf die Datenweitergabe unterliegen wir dem Datengeheimnis nach Art.11 BayDSG und Art.32 Abs.4 DSGVO. Die von uns erhobenen bzw. uns bekannt gewordenen personenbezogenen Daten dürfen wir im Einklang mit den Bestimmungen der DSGVO und dem BayDSG nur dann an andere Personen oder Stellen weitergeben, wenn die Weitergabe gesetzlich geregelt ist.

Dies sind z.B. Gerichte bzw. die Regierung von Oberbayern im Wege von Rechtsbehelfsverfahren, das Bundeszentralamt für Steuern, Strafverfolgungsbehörden, Behörden in den Ländern, mit denen Vollstreckungsabkommen existieren sowie Zahlungsdienstleister im Zahlungsverkehr.

6. Art der Datenverarbeitung

In den Buchhaltungs- und Zahlungsverkehrsprozessen und -verfahren werden die öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Forderungen und Verbindlichkeiten der Stadt Geretsried als Folgeverarbeitung der rechtsbegründenden Datenerhebungen verarbeitet. Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt weitgehend in automatisierten Verfahren. Wir setzen dabei technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen ein, um Ihre personenbezogenen Daten gegen unbeabsichtigte oder unrechtmäßige Veränderung, Vernichtung bzw. Verlust sowie gegen unbefugte Offenbarung oder unbefugten Zugang zu schützen.

Rechtsverbindliche Entscheidungen treffen wir nur dann auf der Grundlage einer „vollautomatischen“ Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, wenn dies gesetzlich zugelassen ist.

7. Dauer der Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten

Ihre Daten werden zur Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten gemäß der Kommunalen Haushaltsverordnung-Doppik und der Abgabenverordnung gespeichert.

Die vorgegebenen Fristen betragen bis zu 10 Jahre. Ihre personenbezogenen Daten werden darüber hinaus, soweit dies erforderlich ist, auch aufgrund der gesetzlichen Verjährungsvorschriften gemäß Bayerischem Verwaltungsverfahrensgesetz sowie des Bürgerlichen Gesetzbuches bis zu 30 Jahre gespeichert, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist 3 Jahre beträgt. Ihre personenbezogenen Daten werden in Abgabeverfahren so lange gespeichert, wie dies für das Abgabeverfahren erforderlich ist. Maßstab hierfür sind die abgabenrechtlichen Verjährungsfristen gemäß §§ 169 – 171 Abgabenordnung. Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten dürfen auch gespeichert werden, um sie für künftige abgabenrechtliche Verfahren zu verarbeiten (§ 88a Abgabenordnung, Art. 13 Kommunalabgabengesetz).

Darüber hinaus gelten die Vorschriften aus dem „Einheitsaktenplan für die bayerischen Gemeinden und Landratsämter mit Verzeichnis der Aufbewahrungsfristen“.

8. Ihre Datenschutzrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen jeder betroffenen Person in Bezug auf ihre personenbezogenen Daten das Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung und auf Widerspruch zu. Ein Recht auf Datenübertragbarkeit steht Ihnen uns gegenüber nicht zu, da die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt bzw. in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt (Art.20 Abs.3 DSGVO). Darüber hinaus können oder dürfen wir in einigen Fällen Ihrem Anliegen nicht entsprechen (§§ 32 c bis 32 f Abgabenordnung). Sofern dies zulässig ist, teilen wir Ihnen in diesem Fall immer den Grund für die Verweigerung mit.

Recht auf Auskunft, Art.15 DSGVO

Sie haben das Recht, Auskunft darüber zu verlangen, ob und welche personenbezogenen Daten wir von Ihnen verarbeiten. Sie können darüber hinaus Auskunft über die in Art.15 Abs.1 Buchst. a) – h) DSGVO genannten Informationen verlangen.

In Ihrem Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern. Daher sollten in dem Antrag möglichst Angaben zum konkreten Verwaltungsverfahren (z. B. Abgabenart und Jahr) und zum Verfahrensabschnitt (z. B. Festsetzung, Vollstreckung) gemacht werden.

Recht auf Berichtigung, Art.16 DSGVO

Sollten die Sie betreffenden Daten nicht (mehr) zutreffend oder unvollständig sein, haben Sie das Recht, Berichtigung und Vervollständigung Ihrer Daten zu verlangen.

Recht auf Löschung, Art.17 DSGVO

Sie können eine Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen, wenn eine Verarbeitung durch uns aus den in dieser Vorschrift genannten Gründen unzulässig ist. Eine Löschung kann jedoch nicht verlangt werden, sofern die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, Art.17 Abs. 3 DSGVO, insbesondere in folgenden Fällen:

- die Daten sind für den Verarbeitungszweck noch erforderlich
- die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung besteht fort
- die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen laufen noch

(siehe hierzu Punkt 3. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung und Punkt 7. Dauer der Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten).

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Art.18 DSGVO

Unter den in dieser Vorschrift genannten Voraussetzungen können Sie die Einschränkung der Verarbeitung (Sperrung) verlangen, z.B. eine Löschung Ihrer Daten verhindern, weil Sie diese zur Geltendmachung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen.

Recht auf Widerspruch, Art.21 DSGVO

Sie haben ein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben. Jedoch können wir dem nicht nachkommen, soweit an der weiteren Verarbeitung ein überwiegendes Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift uns zur weiteren Verarbeitung verpflichtet (z.B. Durchführung des Abgabeverfahrens).

Recht auf Widerruf, Art.7 Abs.3 DSGVO

Sie haben ein Recht auf Widerruf, sofern die Datenverarbeitung auf Ihrer Einwilligung beruht.

Recht auf Beschwerde, Art.77 DSGVO

Jeder betroffenen Person steht im Übrigen ein Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu, wenn sie der Ansicht ist, dass eine Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt oder wir ihrem Anliegen nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind.

Die zuständige Aufsichtsbehörde ist:

Der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz, Wagnmüllerstraße 18, 80538 München, Telefon: 089/212672-0, E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de